



BRÜSSEL 4, den

18. 02. 1989

An den Herrn Minister des Post- und Fernmeldewesens

56, rue de la Loi

N° 20.172/20.175/II/PD
AR/MTV

1040

BRUSSEL

Betrifft : Postregie im Deutschsprachigen Gebiet.
Versetzungsbefehl.

Sehr geehrter Herr Minister !

Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, dass die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle in ihrer Sitzung vom 23. Februar 1989 zwei Klagen gleicher Art untersucht hat. Sie wurden von Herrn Gerhard CREMER (Akte 20.172) und von Herrn Ludwig SCHOPGES (Akte 20.175), beide Postbeamte in Bütgenbach, im Deutschsprachigen Gebiet, eingereicht.

Die beiden Kläger deutscher Sprachenzugehörigkeit begründen ihre Klagen mit der Tatsache, dass ihnen am 9. November 1988 ein Versetzungsbefehl zugestellt wurde, der sie ausserhalb des Stellenplans ins Eupener Postamt 1 versetzte. Dieses Dokument war in französischer Sprache abgefasst; deshalb haben sie sich geweigert, es zu unterschreiben, indem sie sich auf die Gutachten Nr. 19.116, 19.117, 19.118, 19.119, 19.121, 19.123, 19.124 der Ständigen Kommission für Sprachenkontrolle vom 29. Oktober 1987 berufen haben.

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle stellt fest, dass die Betreffenden ohne Prüfung auf Grund ihrer Studienbescheinigungen in deutscher Sprache angeworben wurden, um eine Stelle in den lokalen Diensten des Deutschsprachigen Gebietes zu besetzen. Ihre Zugehörigkeit zur deutschen Sprachengruppe ist ausser Zweifel.

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle bestätigt ihr Gutachten 19.116 und die folgenden oben erwähnten. Solche Dienste müssen in ihren Beziehungen zu ihrem Personal, es handelt sich um innere Angelegenheiten, ausschliesslich die deutsche Sprache gebrauchen.

.../...

Die Versetzungsbefehle, die Herrn CREMER Gerhard und Herrn SCHOPGES Ludwig betreffen, sind unregelmässig, was die Form angeht. Es ist Aufgabe der Postregie, diese Dokumente durch Dokumente in deutscher Sprache zu ersetzen, die am Tag der ersetzten Dokumente in Kraft treten werden.

Die Klagen werden für zulässig und begründet erklärt.

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle stellt mit Erstaunen fest, dass die Postregie die nötigen Vorkehrungen noch immer nicht getroffen hat, obwohl das Gutachten, worauf sich bezogen wird, vom 29. Oktober 1987 stammt.

Die augenblicklich angewandte Prozedur, woran noch in den Briefen Nr. P4/5841 und P4/6007 erinnert wurde, die am 1. und 12. Dezember 1988 von der Regionaldirektion Lüttich an den Postvorsteher von Eupen 1 gesandt wurden, ist nicht in Übereinstimmung mit den koordinierten Sprachengesetzen. Dasselbe gilt übrigens für die Briefe, die ein Regionaldienst im Sinne von Artikel 36, § 1 der koordinierten Sprachengesetze mit Sitz in Lüttich in französischer Sprache an einen Lokaldienst seines Distrikts, der sich im Deutschsprachigen Gebiet befindet, sendet.

Den Klägern wird eine Kopie dieses Gutachtens zugestellt.

Mit vorzüglicher Hochachtung.

Der dt. Vorsitzenden,

H. PLUNUS

E. VAN LEUVEN